

Pressemitteilung

Italien will den Euro geschickt ausnutzen

Eine dreifach höhere Neuverschuldung ist machbar, auch wenn man eigentlich pleite ist, solange solvente Garantiegeber da sind.

Brüssel, 23.05.2018: Das Programm der geplanten neuen italienischen Regierung sieht Mehrausgaben und Steuerkürzungen gleichzeitig vor. Nach Expertenschätzungen kommen so jährlich mindestens 100 Milliarden Euro Belastungen auf den italienischen Staatshaushalt zu. Italien könnte sich aber schon jetzt kein Geld mehr auf dem Kapitalmarkt leihen, da es bereits mit 133 Prozent bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt verschuldet ist. Da würden weitere Kredite nur mit extrem hohen Zinsen angeboten werden. Italien zahlt derzeit aber für zehnjährige Staatsanleihen nur 2,4 Prozent Zinsen, dank der Garantie der Europäischen Zentralbank und damit letztlich der Staaten der Eurozone.

Bernd Kölmel, Vorsitzender der LKR – Die Eurokritiker, und haushaltspolitischer Sprecher der EKR-Fraktion sagte hierzu:

„Vor wenigen Tagen wurde in Italien bekannt, dass die künftigen Regierungsparteien einen Schuldenerlass in der Höhe von 250 Milliarden Euro von den Eurostaaten wollten. Diese Forderung wurde später wieder zurückgenommen. Vielleicht wurde nur ein Testballon los gelassen, um den anderen Eurostaaten zu zeigen, was passieren wird, wenn sie sich gegen die italienischen Ausgabewünsche stellen.“

„Ohne die Garantie der Eurozone könnte sich Italien nicht länger finanzieren und wäre pleite. Diese Garantie hätte aber nur Sinn gemacht, wenn Italien seine Schulden unter diesem Schutzschirm abbaut. Stattdessen sind die Schulden aber gewachsen: 2008 betrug sie 1.671 Milliarden Euro, 2016 betrug sie schon 2.218 Milliarden Euro. Und nun, da die anderen Eurostaaten für viele hundert Milliarden Euro italienischer Schulden haften, wollen die Italiener noch viel mehr Schulden machen. Dies zeigt, dass die Schuldenhaftung sofort beendet werden muss.“

„Ich habe Verständnis dafür, dass italienische Politiker zuerst an das italienische Volk denken. Schließlich sind sie von diesen gewählt. Und dieses Volk leidet unter dem Euro, der nicht zu ihrer Wirtschaft passt. Sobald diese Politiker die Idee äußern, Italien sollte die Eurozone verlassen, wird ihnen von den anderen Eurostaaten gesagt, dass dies nicht in Betracht kommt. Was liegt da näher, als diese Staaten dann zur Kasse zu bitten? So wird das nichts mit einer weiterhin friedlichen, freundschaftlich verbundenen EU. Es wird Zeit, dass die EU einen Plan für ein kontrolliertes Ausscheiden von Eurostaaten aus dem Währungsverbund vorlegt und diesen Plan dann auch umsetzt.“

Pressekontakt:

Stephanie Tsomakaeva
(Stv. Pressesprecherin)
Tel. 00 49 172 5726572
Stephanie.Tsomakaeva@lkr.de